irgendwo eine kommunistische Betriebszelle gegründet wird, so legt Herr Vogt den hunderttausendsten Aktenband im ewigen Prozeß gegen die Kommunistische Zentrale an.

Bei der Feme war es anders. Widerwillig, innerlich auf die verdammte Pressefreiheit schimpfend, urteilten die Gerichte einige wenige Fälle ab, bei denen die Sache so sonnenklar lag, daß man nicht gut anders konnte. In diesen Fällen aber wurde flugs die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, damit nur ja die Einzelheiten der Heldentaten der Schwarzen Reichswehr und ihrer Feme nicht noch weiter bekannt wurden und damit man — was die Hauptsache war — dem neugierigen Pöbel die Art der Prozeßführung verbergen konnte.

Der Fememordprozeß, der in der vorigen Woche in Berlin stattgefunden hat, trieb den Skandal auf einen Höhepunkt, der schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist, selbst nicht in Deutschland, das auf diesem Gebiet in der Tat das Land der ungeahntesten Möglichkeiten ist. Die Oeffentlichkeit wurde auf Befehl von Herrn Geßler, d. h. auf Befehl derselben Generale, die die Schwarze Reichswehr gegründet hatten, ausgeschlossen. In einem Tage wurde eine Prozeßkomödie durchgeführt, obwohl 11 Angeklagte vor Gericht standen, obwohl die Pflicht zu einer gründlichen Beweisaufnahme zwingend vorlag, und obwohl nur die eingehendste Untersuchung des ganzen Wesens der Feme, ihrer Verbindungen, ihrer Geldgeber und ihrer Mittelsmänner das mörderische Treiben hätte klarstellen können. Ein Urteil wurde gefällt, das allerdings nicht mehr nötig war, um das Wesen der deutschen Klassenjustiz zu enthüllen. Die rechte Hand des Leiters der Feme, des Oberleutnants Schulz, Freiherr v. Senden, wurde freigesprochen und aus der Haft entlassen, obwohl er von Dutzenden von Fememorden weiß und obwohl gegen ihn der dringende Verdacht vorliegt, daß er monatelang nichts anderes getan hat, als Verräter umlegen zu lassen. Andere Mörder, gegen die nichts weiter vorlag, als daß sie die Leiche des ermordeten Schützen Pannier wieder ausgegraben und ein bißchen tiefer eingegraben hatten, wurden freigesprochen, da ihnen „Begünstigung" der Tat nicht nachzuweisen sei. Ein harmloses Geschäft in Deutschland: Das Eingraben von Leichen umgelegter „Verräter!" Noch ein anderer, der selber eingestand, von der Mordtat gewußt, sie aber nicht angegeben zu haben, wurde freigelassen, da er aus „vaterländischen" Motiven gehandelt habe. Herein fielen schließlich nur die Soldaten, die auf Befehl ihrer Offiziere den Mord selbst begangen hatten, in dem Glauben, es handelte sich um einen dienstlichen Befehl, und noch dazu unter dem Druck der Gewißheit, daß, wenn sie dem Befehl nicht nachkämen, sie selbst nach wenigen Tagen an irgendeiner dunklen Stelle des Waldes erschlagen und eingescharrt würden.

Der Justizskandal der Fememorde zeigt aufs neue, daß die deutsche Bourgeoisie zu verfault und zu korrupt ist, als daß sie noch die Fähigkeit haben könnte, den Schein republikanischer Verfassung und republikanischer Gerichtsbarkeit zu wahren. Mord bleibt in Deutschland straflos, wenn er von monarchistischen Offizieren begangen wird. Mörderorganisationen sind erlaubt, wenn es gilt, die Arbeiterschaft niederzuhalten. Jede Rechtsbeugung, jede unverschämte Behandlung von Angeklagten und Verteidigern ist geboten, wenn es gilt, die Aufklärung von monarchistischen Schandtaten zu verhindern.

Die bürgerliche Skandalpresse wird diese Zustände nicht ändern! Nur die Kraft der Arbeiterklasse, nur der Kampf des aufsteigenden Proletariats, bei dessen Fahnen sich alles sammelt, was mit den dunklen Mordgeistern der Vergangenheit endgültig aufräumen will, wird den Sumpf dieses monarchistischen Deutschland trocken legen. **Das Proletariat wird den Geßler und Seeckt, den Schulz und v. Senden, den Bombe und Konsorten die Rechnung quittieren, die da lauten wird: „Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut!"**

Der Eintritt in den Völkerbund beschlossen

Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung die Absendung einer Note einstimmig beschlossen, durch welche der Eintritt in den Völkerbund angemeldet wird. Die Note wird alsbald nach der Ueberreichung in Genf veröffentlicht werden.

Bombe gegen die Wahrheit

Zeugen, die nicht in den Rahmen paßten,
Fragte man schon draußen an der Tür:
Warum wollen Sie den Mann belasten?
Gutes Recht? — Sie sind wohl nicht von hier?!

„Deutsches Herz, verzage nicht" in diesen schweren Zeiten, die unser Vaterland heimsuchen. Es gibt noch Männer deutscher, treudeutscher Art. Einer von ihnen ist Bombe, Herr Landgerichtsdirektor Bombe; bekannt als Richter im Fememordprozeß Pannier und im Fememordprozeß Grütte-Lehder.

Dieser Bombe macht von sich sprechen durch die Art, wie er die Gerichtsverhandlungen führte, urteilen half und sich zum Verteidigerwechsel der zum Tode Verurteilten stellte. Alles auf einer Linie!

Bei der Gerichtsführung dieses Bombe, der von dem Oberstaatsanwalt Seibe verständnisvoll unterstützt wurde, ereignete sich der Freispruch des Drahtziehers der Fememorde v. Senden. Dieser Herr und seine Freunde Gutknecht und Meder (gegen die auch der Oberstaatsanwalt Freispruch beantragte) konnten nicht der Begünstigung „überführt" werden. Senden und Kumpanei haben nur eine solche „harmlose" Tätigkeit entwickelt, wie **die Namen der Ermordeten aus den Mannschaftslisten zu streichen, den Befehl zu ihrer „Erledigung" zu geben und die Leichen „umgelegter Verräter" etwas tiefer umgraben zu lassen. Wirklich harmlos!**

Und Herr Bombe hat nur die „Kleinigkeit" unterlassen, **die Untersuchungsbeamten der politischen Polizei, die genau über die Tätigkeit der Drahtzieher Bescheid wußten, als Zeugen zu vernehmen.** Wirklich eine Kleinigkeit, die Beamten zwei Tage im Vorzimmer des Gerichtssaales warten zu lassen und dann ohne Vernehmung wegzuschicken.

Dieser gleiche Bombe hat bis heute noch nicht die Einleitung eines Verfahrens wegen Mordanstiftung gegen Wulle veranlaßt, obwohl ein sehr belastender Kassiber Grütte-Lehders in seine Hände kam.

Als die zum Tode Verurteilten sich ihrer **(vom Drahtzieher Senden bezahlten)** politischen Verteidiger entledigten, verhinderte Bombe die Besprechung der Angeklagten mit ihren neuen Verteidigern Löwenthal und Ent, wie er vorher den Rechtsanwalt Genossen Obuch nicht zu den Untersuchungsgefangenen ließ. Scheinbar hat dieser Bombe ein ungeheuer starkes Interesse daran, daß die **juristischen Vertrauensleute der Oberfememörder** die Verteidigung der beitragenen, belagenen Fememerkzeuge behalten.

Dieser Bombe soll auch im zweiten Berliner Fememordprozeß die Leitung der Klassenjustiz haben.

Können sich die Herren um Ehrhardt, Kapp, Wulle, Rude, Senden, Gutknecht, Eisenbach, Meder, Stennes usw. einen besseren Bombe von dieser „deutschesten Art" wünschen?

Zersplitterungsversuche des Parteivorstandes der SPD.

Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im „Vorwärts" wird ein Artikel des Parteivorstandes über das Volksbegehren — Volksentscheid — veröffentlicht, der deutlich zeigt, wie der Parteivorstand von dem ihm unangenehmen Zusammengehen mit den Kommunisten abrücken will. Der Parteivorstand versucht den Nachweis zu führen, daß die SPD. sich schon früher als die KPD. mit der Frage des Volksentscheids befaßt habe. Der Tenor des Artikels läuft jedoch darauf hinaus, **die sozialdemokratischen Arbeiter an einem Zusammengehen mit den kommunistischen Kollegen zu verhindern.** Nachdem der Parteivorstand mehrere Male betont, daß die Aktion von jeder Partei selbständig geführt werden muß, schreibt er: **„Eine gemeinsame Arbeit mit der Kommunistischen Partei ist schon deshalb unmöglich, weil während der ganzen Dauer der Vorbereitung des Volksbegehrens und Volksentscheids innen- und außenpolitische Fragen von unserer Partei selbständig entschieden werden und weil wir bei allen diesen Fragen im Gegensatz zur Kommunistischen Partei stehen. Für jeden Sozialdemokraten muß es selbstverständlich sein, die innere Geschlossenheit und Festigkeit der Partei und die Sammlung der Wählermassen in der Sozialdemokratischen Partei mit allen Kräften zu fördern."**

Die Fürsten fordern Miete

Wie unsere Thüringer Bruderpresse meldet, soll nach bürgerlichen Pressenotizen der ehemalige Herzog von Koburg-Gotha die Absicht haben, von unserem Genossen Tenner 3000 Mark Miete zu fordern. Gen. Tenner hatte als Volksbeauftragter der USPD. einige Monate auf Schloß Friedenstein in Gotha gewohnt, um den Diebstählen des Herzogs — es waren schon drei Möbelwagen mit Wertsachen verschwunden — Einhalt zu tun und gleichzeitig als Landeskommissar die Vermögensmasse der Koburger festzustellen.

Schon im Jahre 1922 wurden dem Gen. Tenner von der Regierung Liebetreu 3000 Mark im Goldwert von 600 Mark abgezogen, die er 1923 zwar zurückerhielt, um sich dafür für einen Tag Brot kaufen zu können.

Die Praxis der deutschen Justiz ermuntert die fürstlichen Herrschaften zu den dümmsten und frechsten Forderungen. Vielleicht fordert auch noch Wilhelm von Doorn dafür Miete, daß Karl Liebknecht am 9. November 1918 seinen Balkon betrat und die rote Fahne auf dem Berliner Schloß hißte.

Und dieser Justiz soll die bürgerlich-sozialdemokratische „Verfassungsmehrheit" die Entscheidung über die Abfindungen ausliefern. Nur ein Mittel gibt es dagegen: Verstärkung des Kampfes um den

Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung!

Reichsbanner für Volksentscheid

Der „Bayerische Kurier" vom 7. Februar entrüstet sich über ein Rundschreiben des Gauvorstandes des Reichsbanners in Württemberg, in dem es heißt, daß die Reichsbannerkameraden dem Kampf um den Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten die „weitgehendste Unterstützung" zu gewähren haben und sich beim Versammlungsbesuch der SPD. zur Verfügung stellen sollen."

Der „B. K." schreibt dazu, daß dies beweise, wie das Reichsbanner „ein Instrument der Unterstützung des „verfassungstreuen Kommunismus" ist. — Wenn die proletarischen Elemente im Reichsbanner sich für proletarische Politik einsetzen, sind sie in den Augen des reaktionären Bürgertums gleich „Kommunisten" — ein Grund mehr, daß alles getan wird, die einheitliche Kampffront zum Volksentscheid zu stärken.

Gewerkschaftlicher Erwerbslosenkongreß in Oberschlesien

Gleiwitz, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die wachsende Erwerbslosigkeit und Unternehmeroffensive, sowie der Druck der Arbeiter haben in Oberschlesien das gemeinsame Zusammengehen von ADGB., SPD. und KPD. erzwungen. Zum 15. Februar ist nach Hindenburg eine Erwerbslosenkonferenz einberufen worden. Ein vorbereitender Ausschuß ist gebildet, der sich aus Vertretern des ADGB., des Erwerbslosenrates, der KPD. und SPD. zusammensetzt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung lautet: „Gewerkschaftliche Maßnahmen gegen die Not der Erwerbslosen und einheitliches Vorgehen in dem Bezirk Oberschlesien." Zur Wirtschaftskrise referiert der Bezirkssekretär des ADGB. Nowak.

Kommunistenhatz in Bayern

München, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am vergangenen Sonntag führte die Bezirksleitung Südbayern der KPD. im ganzen Verwaltungsgebiet Unterbezirkskonferenzen durch, die sich in der Hauptsache mit den politischen und organisatorischen Aufgaben in bezug auf das Volksbegehren und den Volksentscheid befaßten, bzw. befassen sollten, da eine Anzahl Konferenzen entweder von vornherein verboten oder aufgehoben wurden. In Ingolstadt wurden sämtliche Teilnehmer verhaftet und hier nicht freigelassen; in Kempten war das Tagungslokal von einem großen Gendarmeriekommando besetzt und dadurch den Genossen die programmäßige Durchführung der Besprechung erschwert. Gegen 12 Uhr mittags wurde eine weitere Konferenz in Pfaffig durch 6 Gendarmen gestört, unter Protest überwacht und nach einer Stunde wegen Verdachts der Durchführung hochverräterischer Bestrebungen (Volksbegehren!) verboten. Für den Unterbezirk Rosenheim war die Konferenz von vornherein verboten.

Die Judastochter Sierebrjakowa

25 Jahre Spitzeldienst

Eine ganze Armee von Spitzeln — 50 000 gut besoldete Judassöhne — besorgten in zaristischen Zeiten den Nachrichtendienst „zum Schutze der öffentlichen Ordnung". Diese Kundschafter und Pfadfinder durchkreisten ohne Ruhe und Rast, bei Tag und Nacht das ganze heilige Rußenland, die Spürnasen witterten, wo sich „Wilo" versteckt hielt. Revolutionäre Organisationen wurden ausfindig gemacht. Beim Spitzeldienst wurde eine Infamie an den Tag gelegt, die alle sonstigen menschlichen Niederträchtigkeiten übertrumpft. Tausende von Menschenleben wurden zum Judassilberlinge verschachert. Mit Recht sagt das Sprichwort: „Der größte Lump im ganzen Land ist der gemeine Denunziant!"

In der Spitzelhorde gab es nicht nur einfache, rohe Henfersknechte und Verräter, die für klimpernde Silberlinge Gaksenstriche stachen und auch die unschuldigste Person den Henkern überlieferten konnten. Das schändlichste Handwerk betrieben mitunter auch Kreaturen, die ihr Wandeln auf Judaswegen durch Patriotismus zu entschuldigen suchten und es als eine hohe Mission ansahen, den rebellierenden „Plebs" kampfunfähig zu machen. Das waren die Vorläufer des heutigen Faschismus.

Subatoff, von Kotel und andere saubere Gesellen waren die Führer dieser Meute.

Im Jahre 1909 brachte ein Beamter des Innenministeriums, ein gewisser Menschikoff, der in seiner Dienstkarriere Schiffbruch erlitten hatte, ein langes Spitzelregister über die Grenze. Die Namen verschiedener Spitzel wurden bekannt. Es wurde auch Madame Sierebrjakowa genannt. Sie versuchte sich reinzuwaschen. Im liberalen Professorenblatt „Russkija Wjedomosti" erschien eine „Erwiderung" der Provokateurin. Aber für sie war das Lied aus. Sie mußte sich „drücken", von der Bildfläche verschwinden. Ihre „Arbeit" wurde unterbrochen. Von der Regierung wurde ihr ein „Schmerzensgeld" ausgezahlt: zuerst 500 Rubel und später weitere 10 000 Rubel. Das war noch nicht alles. Im Januar 1911 hatte der damalige Innenminister Stolypin beim Zaren Vortrag. Er befürwortete, daß der langjährigen treuen Mitarbeiterin der „Ochranka" (Schutzdienst) Sierebrjakowa eine Pension bis zum Ende ihrer Tage gewährt werde. Seit dem Mai 1911 bezog Madame S. monatlich 100 Rubel. Zum letzten Male hat sie über diesen Betrag um 28. Januar 1917, als die Februarrevolution schon im Gange war, quittieren können. Nach der Februarrevolution war sie auf dem Wege, ihren Lebensabend in Ruhe und Frieden zu beschließen. Nach der Oktoberrevolution hat es diese Judastochter verstanden, während der schweren Hungerzeit als „Professorenwitwe" Unterstützung vom „Kubu" (Komitee für Unterstützung russischer Gelehrter und ihrer Familien) zu erhalten und am Fonds milder Gaben für hungerleidende Kopjarbeiter zu knabbern.

Der Lebenslauf von „Mamochen" — so nannte man die Sierebrjakowa in der Ochranka — kam 1923 durch einen Zufall ans Tageslicht. Gegen sie wurde ein Verfahren eingeleitet. Nach einem Jahre setzte man sie infolge ihres krankhaften Zustandes in Freiheit. Sie versprach, sich zu rehabilitieren. Aber als ihr das nicht gelingen wollte — es lag schwer belastendes Material vor — wurde sie wieder in Haft genommen. Die S. ist heute „ein armes altes Mütterchen", einst war sie eine durch Geist und Wissen glänzende Petersburger „Dame", die es verstanden hatte, zu verräterischen Zwecken junge Feuerköpfe und Revolutionäre (u. a. auch den Genossen Lunatschorski) in ihren „Salon" zu laden....

Von allen verlassen — ihr eigener Sohn hat sich von der Mutter losgesagt — muß die „würdige Matrone" hinter Schloß und Riegel ihre Aburteilung erwarten.

Andrei Rostowzeff, Leningrad.

Eine Lenin-Nummer der „Jugendinternationale" (Heft 3 Jahrg. 7) ist eben erschienen. Den Artikeln, die anläßlich seines Todestages, unseres Genossen Lenin, gewidmet sind, ist der Briefwechsel zwischen der Sozialdemokratischen Jugendinternationale und der Kommunistischen Jugendinternationale über die Frage der Jungarbeiter-Delegationen vorangestellt. Dann folgen: Studien des Leninismus, von L. Kamenjew. Marxismus und Leninismus von N. Bucharin. Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik von W. J. Lenin und die kommunistische Jugendbewegung von F. G. Karl Liebknecht redigierte die erste Nummer der „Jugendinternationale", von Reinhard. Die Lage der jugendlichen Bauern in Italien und die Tätigkeit des KJV., von G. Berti. Korea unter der Ferse des japanischen Imperialismus, von Chol-Meng-Tscha. Die Rubriken „Aus der Jugendinternationale", „Aus der Presse" und „Material für den aktiven Verbandsarbeiter" enthalten reiches und wichtiges Material. Das 64 Seiten starke Heft kostet 25 Pfennig.

„Die Sozialistische Jugendinternationale und die Jungarbeiter-Delegationen nach der UdSSR." Sonderdruck aus Heft 5 der „Jugendinternationale". Preis 15 Pf. Aus diesem Briefwechsel (ein Brief der SJI. und zwei Briefe der KJI.) ergibt sich sehr klar die Stellung der Sozialdemokraten zur Frage der Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland. An Hand dieser Briefe ist den sozialdemokratischen Jungarbeitern sehr leicht, die wirkliche Haltung ihrer Führer zu dieser Frage aufzuzeigen. Diese kleine Broschüre verdient daher eine möglichst große Verbreitung.

*

Die neue „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung". Rechtzeitig zur Unterstützung der eingeleiteten Aktion für das Volksbegehren ist die Februar-Nummer der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" erschienen. Das wirkungsvolle Titelblatt zeigt, daß auch in Rußland der Wintersport sehr gepflegt wird, während in anderen Blättern Bilder vom Schweizer und österreichischen Arbeitersport gezeigt werden. Mit Recht ist eine der Hauptseiten gewidmet dem Wiedererstarken der faschistischen Welle in Italien, Frankreich und England, und die äußerst eindrucksvollen Mittelseiten bringen Bilder von den Schreckenstagen der weißen Terroristen und Faschisten in den Balkanländern. Die Seite „Deutsche Landeskinder als Kanonenfutter in Marokko" und die Seite „Gier nach Volksgut" zeigen deutlich die schweren Lasten, die heute die deutsche Arbeiterschaft tragen muß. Die Gegenüberstellung des Luxusautos vom deutschen Kronprinzen und des Armensarges eines Berliner Arbeiters wirken besonders. — Die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" wird am 1. März d. J. auf dringendes Verlangen vieler Tausende treuer Leser 14tägig erscheinen. Eine Maßnahme, die sicher dazu beitragen wird, den Leserkreis von 200 000 auf eine Viertelmillion zu erhöhen.

*

Wie gekrönte Häupter die vom Volke geschuffelten Groschen verausgaben. Die kürzlich verstorbene Königinmutter Alexandra von England hat nichts hinterlassen, obwohl sie nach dem Tode König Edward VII. große Summen geerbt hatte und eine Witwenpension von zirka 2½ Millionen Mark jährlich bezog. Ihre Majestät hat ihr ganzes Vermögen „verpulvert", um eine große Hundemeute zu erhalten. Diese Liebhaberei der englischen Königin-Mutter verschlang Unsummen und leerte das Geldsäckel der erhabenen Frau bis auf den letzten Penny. — Ja, in England haben es die Hunde gut. Sogar Hundefriedhöfe gibt es dort mit prächtigen Denkmälern. Der englische Arbeiter aber kennt den Hunger. Schuld daran tragen „Arbeiterführer" a la Macdonald und Konsorten. E. K.